HERBERT BERTSCH

CDU
CSU
demaskiert

III

IDEOLOGISCHE BEGRÜNDUNGEN DER CDU/CSU-POLITIK

Gegenstand dieses Abrisses ist lediglich die Durchleuchtung jener Auffassungen, die unmittelbar zur Begründung der CDU/CSU-Politik von den „Partei-Ideologen" dargestellt werden.
Zur Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Strömungen in der reaktionären bürgerlichen Ideologie in Westdeutschland und ihrer marxistisch-leninistischen Widerlegung sei hier auf einige grundsätzliche wie auch auf einige spezielle Arbeiten verwiesen:
Walter Ulbricht, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 bis 1958, Berlin 1958. Walter Ulbricht, Freiheit, Wissenschaft und Sozialismus, Berlin 1959. Grundlagen der marxistischen Philosophie, Berlin 1960. Lehrstuhl für Philosophie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Philosophie des Verbrechens, Berlin 1959. Georg Klaus, Jesuiten, Gott, Materie, Berlin 1959. Dieter Bergner u. Wolfgang Jahn, Der Kreuzzug der evangelischen Akademien gegen den Marxismus, Berlin 1960. Dieter Bergner, Die Ideologie des politischen Klerikalismus – ein Instrument des deutschen Militarismus, in: Einheit, Berlin, Jg. 14 (1959), S. 1061–1073. Werner Bahrt, Der politische Klerikalismus als Instrument der Kriegsvorbereitung des deutschen Militarismus, in: Einheit, Berlin, Jg. 14 (1959), S. 1733–1742. Herbert Lauterbach, Die Misere der modernen Elite-Theorie des politischen Klerikalismus, in: Einheit, Berlin, Jg. 14 (1959), S. 378–390. Karl Heinz Schöneburg, Politischer Katholizismus als Ideologie der imperialistischen Reaktion, in: Einheit, Berlin, Jg. 13 (1958), S. 855–878.

In einer der ersten schriftlichen Äußerungen der CDP Köln wird zur Aufgabe erklärt, die Ideen der Christlich-Demokratischen Partei „ins ganze Reich" ausstrahlen zu lassen. Zugleich wird das Idealbild des angestrebten „politischen Menschen" entworfen. „Der politische Mensch, den wir wollen, ist . . . weder der liberale, sich selbst genügende Mensch, noch vor allem der Kollektivmensch, sondern der wahrhaft freie Mensch, und der darum, weil er ein freier Mensch ist, ein wahrhaft sozialer Mensch ist. Er ist der Mensch des selbständigen Urteils, der nicht aus Zwang, sondern aus dem freien Gefühl der Verantwortung seinem Volke dient. Es ist der gerechte Mensch, der wahrhaftige Mensch, der anständige Mensch . . . Es ist vor allem der Mensch der Duldsamkeit, der jenseits aller religiösen, politischen und rassenmäßigen Trennungen in seinem Nebenmenschen den Mitmenschen sieht . . ."[1]

Wenn dieses Wortgeprassel auch nichts Verbindliches aussagt, so zeigt sich daran jedenfalls der Widerspruch zwischen ideologischer Verbrämung und der Realität imperialistischer Politik, wie sie von der CDU/CSU betrieben wird.

Die demagogische Tarnung tritt keinesfalls als originelle Erscheinung auf. Sie ist vielmehr typisch für die gegenwärtige Position des Imperialismus. Die Aera Stumm vom Ende des vergangenen Jahrhunderts mit dem unverhüllten Frontalangriff auf die Arbeiterklasse läßt sich heute eben nicht mehr verwirklichen – auch nicht in Westdeutschland. Als der Konzerngewaltige Reusch im Jahre 1956 in Stummscher Manier auftrumpfte, belehrte ihn und seinesgleichen die elementare Streikbewegung in Westdeutschland darüber, daß die eben ausgesprochene These gilt. Selbst die offene faschistische Hitlerdiktatur konnte nicht umhin, sich demagogisch zu tarnen. Die Hitlerpartei des deutschen Monopolkapitals nannte sich „sozialistisch" und „Arbeiterpartei".

[1] Christlich-Demokratische Partei, Landessekretariat Rheinland, Rundbriefe, Köln, 5/1945.

Deshalb darf heute nicht verwundern, daß die CDU/CSU in ihrer Ideologie Bilder einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung entwirft, wie sie keiner kennt noch – wie allein die oben angeführte Kostprobe beweist – kennenlernen kann. Die Irreführung der Menschen zu einem verkehrten Verhältnis zur Wirklichkeit und Verfälschung der Wirklichkeit ist System und grundlegende Funktion der bürgerlichen Ideologie.

Von den Apologeten der CDU/CSU wird bei der Suche nach Traditionen – und sie wird eifrig betrieben, da man in der Traditionslosigkeit eine der Ursachen für die inneren Spannungen der Partei zu sehen glaubt – aus verständlichen Gründen übersehen, daß eine modifizierte Kontinuität vom Zentrum, als der entscheidenden bürgerlichen Partei der Weimarer Republik, über die Hitlerpartei zur CDU/CSU führt. Diese Kontinuität ist gewahrt durch die gemeinsamen Aufgaben der eben genannten drei Parteien, den Interessen des deutschen Monopolkapitals zu dienen, wie durch die Tatsache, daß die entscheidenden Hintermänner – selbst wenn in bestimmten Perioden personell gewisse Verschiebungen erfolgten – die gleichen geblieben sind.

Die veränderten objektiven Verhältnisse verlangten bei den drei genannten Parteien in der Ideologie Akzentverschiebungen bzw. auch Veränderungen in der ideologischen Fassung der grundsätzlich gleich gebliebenen Ziele.

Das Hitlerregime brachte die besondere Betonung des nationalistischen Elements und der auf weite Teile der Volksmassen wirkenden sozialen Demagogie. Das geschah nicht zufällig. Der damals entscheidende Teil der deutschen Imperialisten, vor allem die von Kohle und Stahl, war zu dieser Zeit „national" orientiert, d. h., sie hofften über die von ihnen inthronisierte faschistische Staatsführung die Weltherrschaft zu erreichen.

Nach der Niederlage des faschistischen Regimes war die faschistische Ideologie weitgehend diskreditiert. Weniger die alliierten Verbote als vielmehr die Ablehnung in der Masse des deutschen Volkes machten es den neuen Exponenten der Großbourgeoisie, des neuerstehenden Imperialismus unmöglich, das Reservoir der faschistischen Ideologie sofort weiter zu nutzen. Das Schlagwort von der Umwertung der Werte hat hier in gewissem Sinn Berechtigung.

Es wurde umgewertet, z. B. von „national" auf „europäisch". Dies geschah nicht zufällig, sondern als Ausdruck der veränderten Kräfte- und Organisationsverhältnisses im deutschen und internationalen Monopolkapital.

Zunächst konnten dabei lediglich solche Elemente der monopolkapitalistischen Ideologie in den Vordergrund geschoben werden, die durch den Faschismus nicht diskreditiert waren.

Insbesondere bediente man sich der Religion. Da sich die Spekulation des deutschen Imperialismus mit dem Hitlerfaschismus nur als zeitlich begrenzter Erfolg gezeigt hatte, schien die Besinnung auf „ewige" Werte günstig. So konnte man den Hitlerfaschismus als Intermezzo darstellen, das keinen Zusammenhang mit der gesetzmäßigen Entwicklung des Imperialismus aufwies.

Ein weiteres Element bot sich in der Europaidee als zugkräftig an, zumal sie von den Faschisten zwar strapaziert, nicht aber diskreditiert worden war. Nichts konnte eine bessere Absage an nationale Ziele demonstrieren als die Entdeckung des europäischen Herzens, wofür die internationale Verquickung der Monopole bereits eine Voraussetzung darstellte. Die Flucht nach „Europa" sicherte den deutschen Monopolen nicht nur die Erhaltung des ökonomischen Potentials, sondern gab ihnen auch Hoffnung, im Westen Europas sich noch einmal „friedlich" untertan zu machen, was Hitlers Armeen erobert und wieder verloren hatten. Damit war es mit der Neuorientierung der Ideologie auch schon aus.

Aus diesen beiden Elementen ließ sich jedoch noch kein System aufbauen, und so begann dann, im Windschatten des von der Kriegspartei der Vereinigten Staaten begonnenen kalten Krieges, der Rückgriff auf das faschistische Arsenal. Der Antikommunismus wurde zur entscheidenden Grundlage der bürgerlichen Ideologie Westdeutschlands – ganz so wie zu Hitlers Zeiten. Im Gefolge des Antikommunismus quollen weitere ideologische Requisiten aus der Plunderkammer des Faschismus. Zunächst erschien als Neuauflage der Volksgemeinschaft das Schlagwort von der „Sozialpartnerschaft", die die Neuordnung der Gesellschaft bringen sollte, auf dem Fuße folgte die „Ethik" des Maßhaltens, für die weniger nebulös Göring einst die Forderung „Kanonen statt Butter" prägte.

Aus diesen Bestandteilen setzt sich im wesentlichen die Ideologie zusammen, die sich die CDU/CSU als Willensträger des deutschen Monopolkapitals in der Gegenwart zurechtzimmerte.

Diese Ideologie ist dabei weniger für den innerparteilichen Gebrauch bestimmt als vielmehr zur Massenbeeinflussung. Diese Ideologie soll die Massenbasis für die Militarisierung und Faschisierung der Bundesrepublik schaffen, deren parteipolitischer Träger die CDU/CSU ist. Die verderblichen Auswirkungen dieser verbrecherischen Ideologie in Westdeutschland faßt ein bedeutendes französisches – bürgerliches – Blatt in der alarmierenden Feststellung zusammen: „Niemals war Deutschland von reaktionäreren und nationalistischeren Strömungen beherrscht als jetzt . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß das regierungsfreundliche Deutschland zur Zeit durch den Willen des Kanzlers von neuem der Naziideologie unterworfen ist . . .“[2]

Mit der Ausarbeitung einer geschlossenen Ideologie kam und kommt die CDU nicht vom Fleck. Zunächst fiel das nicht weiter auf. Ein paar Vokabeln wie „Humanismus“ und „Freiheit“, „Persönlichkeit“ und „christliche Selbstbesinnung“ genügten, alles andere besorgte die neoliberalistische Wirtschaftspolitik. Aus der Zeit der Markenwirtschaft und der Hungerjahre 1946/47 wurden die Bundesbürger in die Konjunktur versetzt, ohne zu merken, daß nicht die Stillung des individuellen Nachholbedarfs, sondern der Prozeß der Kapitalkonzentration das wirkliche Kennzeichen dieser Periode wurde, einer Kapitalkonzentration, die ökonomisch die Vorherrschaft der deutschen Monopole im noch kapitalistischen Europa brachte und zugleich die Verwandlung Westdeutschlands zum neuen Hauptkriegsherd in Europa heraufbeschwor. „Solange die Feiertagsstimmung anhielt, brauchte die herrschende Gesellschaftsordnung nicht durch eine komplette Weltanschauung verteidigt zu werden. Es genügte vollauf, wenn man ihre ‚Wunder‘ als Ergebnis der ‚sozialen‘ Marktwirtschaft ‚erklärte‘ – der Werbetexter machte den Ideologen entbehrlich.“[3]

Dieser für die imperialistischen Ideologen paradiesische Zustand mußte sich ändern, sobald der Alltag der imperialistischen

[2] La tribune des Nations, Paris, vom 28. 3. 1958.
[3] Vorwärts, Bonn, vom 31. 10. 1958.

Wirklichkeit mit der Verschärfung aller Widersprüche seinen Einzug in Westdeutschland hielt.

Noch im Jahre 1954 erklärte das Blatt des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU den Mangel an Ideologie als Vorteil. „Die CDU ist weder eine Rechts- noch eine Linkspartei. Sie möchte den Arbeiter ebensogut ansprechen wie den Beamten, Angestellten, Bauern und Unternehmer. Dieses Wollen entspringt der Einsicht, daß die Unterscheidungen von Rechts und Links genauso wie die Klassentrennungen eine Folge von verkehrten und letztlich unfruchtbaren Ideologien sind, die überwunden werden müssen, wenn unser Staat gedeihen soll.“[4]

Aber schon bald darauf tauchten im eigenen Lager unzufriedene Stimmen auf. „Die christlichen Demokraten sind nicht nur nicht geistvoll, sie haben ihren Geist bereits auf einmal festgelegten Meinungen über Sinn und Wesen der CDU zur Ruhe gebettet. Die allgemeine politische Situation in der Bundesrepublik erlaubt der CDU diesen Dämmerschlaf vielleicht noch für eine geraume Zeit. Aber es rückt der Tag unerbittlich heran, wo wir – Kanzlerknappen oder nicht – nicht mehr mit der außenpolitischen Wundertüte und dem Wirtschafts-‚Wunder‘ den Wähler zur Stimmabgabe für die CDU bewegen können. Es wird nicht immer eine erstarrte SPD auf der Linken und eine mehr oder weniger willige Kanzlergefolgschaft auf der Rechten geben . . . Die CDU ist heute bereits erstarrt. Am einmal gelegten Fundament wird nicht mehr weitergebaut. Die weltanschaulichen Grundvorstellungen sind meist unverdaut angenommen worden, ohne daß sie zu einer politischen Gesamtkonzeption verarbeitet worden wären.“[5]

Das große Unbehagen in der CDU nahm mit dem allgemeinen Unbehagen in der Bundesrepublik zu. Zwar waren Klassenkampf und imperialistische Widersprüche durch die CDU-Ideologen in das Reich „unfruchtbarer Ideologien“ verbannt worden, doch ungeachtet des Bannfluchs blieben sie wirksam. Auch die Erfindung neuer Begriffe ändert daran nicht viel, wie es Viktor Angel mutlos

[4] Evangelische Verantwortung, Bonn, 8-9/1954.
[5] Kurt Nußberg, Die CDU im Dämmerschlaf, in: Civis, Marburg, 2. Jg. (1955), S. 31. Ähnlich Deutsche Rundschau, Baden-Baden, 8/1957.

aussprach: „Wenn man ... heute den Terminus „pressure-groups“ bevorzugt, so hat dies seine Berechtigung in der größeren ideologischen Neutralität des Begriffs. Man sollte aber nicht vergessen, daß der politische Inhalt des Klassenbegriffs, das Problem nämlich der Integration und der Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze in den allgemeinen Willen des staatlichen Gemeinwesens auch für den Begriff der ‚pressure-groups‘ gilt.“[6]

Nun kann es zwar auch Viktor Angel nicht gelingen, die Klassengegensätze in dem „allgemeinen Willen des staatlichen Gemeinwesens“ aufgehen zu lassen, das in Westdeutschland der Staat der Monopole ist. Aber immerhin kommt er zu der Erkenntnis, daß mit dem neuen Begriff sich nichts an der Realität der Klassenspaltung verändert. Darin liegt übrigens die Unwissenschaftlichkeit, die Unfruchtbarkeit der bürgerlichen Soziologie im allgemeinen und auch der bürgerlichen westdeutschen Soziologie begründet, daß sie die gesellschaftliche Wirklichkeit durch die Erfindung neuer Begriffe zu interpretieren sucht, statt die gesellschaftlichen Triebkräfte zu analysieren.

So blieb und bleibt auch der Ruf nach den CDU-Ideologen, die eine passende Ideologie aus den vorgenannten Bestandteilen schneidern sollen. „Es ist hohe Zeit, daß die CDU, die heute die größte Volkspartei darstellt, ihr staatliches und gesellschaftspolitisches Leitbild entwickelt“[7], hatte beschwörend das geschäftsführende Vorstandsmitglied des CDU-Parteivorstandes, Dr. Meyers, 1958 auf dem Parteitag in Kiel gefordert. Nach ihm ergriff der nicht selten zur eigenen Befriedigung als „Chefideologe“ qualifizierte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier das Wort, um diesen Versuch zu unternehmen. Lobend erklärte der Aspirant auf den Parteivorsitz, Dr. Krone, später, durch das Gerstenmaier-Referat sei man in der Entwicklung von Ideen einen Schritt weitergekommen.[8]

Bevor wir uns diesem so beurteilten Referat zuwenden, bedarf es zunächst einer Übersicht über die Grundlagen, aus denen sich die Ideen Gerstenmaiers ableiten.

[6] Viktor Angel, Sozialismus und Herrschaft, in: Civis, Marburg, 3. Jg. (1956), S. 145.
[7] Innenpolitik – ein weites Feld, in: Civis, Marburg, 5. Jg. (1958), S. 97.
[8] die entscheidung, Bonn, 1/1959.

Der Antikommunismus

Ohne Zweifel ist der Antikommunismus heute Grundlage der Ideologie aller Imperialisten, wird er von allen ihren Agenturen mit Eifer betrieben. Die CDU/CSU bildet das integrierende Zentrum des Antikommunismus in Westdeutschland.

Bei allen Gefahren und den fürchterlichen Exzessen, zu denen der Antikommunismus führt, darf nicht übersehen werden, daß auch die Existenz des Antikommunismus die sieghaften Ideen des Kommunismus bestätigt. Es gibt keine positive Idee, die die Imperialisten dem Sozialismus, dem Kommunismus entgegenzustellen wissen. Und so geht ihr Bemühen dahin, den Kommunismus mit kriminellen und verbrecherischen Mitteln zu diskriminieren und zu bekämpfen. Die wichtigste Methode in der Massenpropaganda ist dabei, ein falsches Bild des Kommunismus zu zeichnen. „Die imperialistischen Kreise und ihre Ideologen bemühen sich auf jede Art und Weise, dieses alte Schreckgespenst aufrechtzuerhalten; sie nutzen die politische Rückständigkeit mancher Menschen aus, fördern bei ihnen die falsche Vorstellung von dem Kommunismus.“[9]

Das geht von den primitivsten bis zu den raffiniertesten Mitteln. So hatte Franz Josef Strauß, damals Generalsekretär der CSU, heute Kriegsminister und Kanzleraspirant, auf einer öffentlichen Versammlung im Jahre 1950 erklärt, „daß im Raum Breslau 5000 mongolische Arbeiter und im Leuna-Gebiet 3000 russische Familien angesiedelt wurden.“[10]

Lügen dieser primitiven Art sind Legion, und es ist müßig, hier weitere aufzuzählen.

Auf anderer Ebene, raffinierter, aber mit dem gleichen Ziel der Verleumdung der Ideen des Kommunismus, schaltete sich selbst Papst Pius XII. in die antikommunistische Kampagne ein. So erklärte er in einer Radioansprache zum Katholikentag in Mainz 1948 angesichts der Trümmer, die der Hitlerfaschismus verursacht hatte – jener Hitlerfaschismus, der vom Zentrum durch

[9] Chruschtschow vor der IX. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz. Zitiert nach Neues Deutschland, Berlin, vom 27. 3. 1959.
[10] Union, München, 8/1950.

Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz" gestützt wurde, der jedoch auf den entschlossenen Widerstand der Kommunisten stieß und den der Vatikan dann mit dem Konkordat aus der außenpolitischen Isolierung zog: „Gerade vor hundert Jahren ist in euren Landen das Wort vom gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen gefallen. In weitem Ausmaß und unter furchtbaren Verhängnissen hat dieses Wort sich an euch selbst bewahrheitet. Eure zerstörten Städte sind das sprechende Sinnbild seiner Verwirklichung . . ."[11]

Eine stärkere Verdrehung der Tatsachen läßt sich wohl kaum denken, als sie hier ausgesprochen wird. Jene Kräfte, die den Imperialismus, den Krieg bekämpfen, werden für die Folgen des kriegsträchtigen Imperialismus verantwortlich gemacht! Besonders merkwürdig berührt diese Äußerung aus dem Munde jenes Papstes, unter dessen Oberleitung das deutsche Episkopat 1933 kundtat: „Für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkt keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen und umstürzlerischen Verhaltens . . ."[12]

Auf einer Ebene trafen sich die Bischöfe mit Hitler, wie das Wort des Erzbischofs Dr. Konrad Gröber beweist: „In der gegenwärtigen nationalsozialistischen Neuordnung des deutschen Lebens erfährt die Arbeit eine grundsätzliche Neubewertung. Gegenüber der marxistisch-materialistischen Trennung der Arbeit vom Menschlichen und Persönlichen des Arbeiters wird heute wieder der Arbeiter selbst gesehen und als gleichwertiges Glied der schaffenden Volksgemeinschaft geachtet. In der Arbeit als gemeinsam verantwortetem Dienst am nationalen Lebensganzen sollen sich Unternehmer und Arbeiter zusammenfinden und die klassenkämpferische Zerreißung der Volksgemeinschaft durch einen gerechten Ausgleich ihrer Interessen überwinden."[13]

[11] Niedersächsische Rundschau, Hannover, 32/1948.
[12] Amtsblatt der Erzdiözese München und Freising, München, 7/1933.
[13] Konrad Gröber, Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen, Freiburg i. Br. 1937. Zitiert nach: Vorwärts, Bonn, vom 9. 8. 1957.

Aus solcher Art Übereinstimmung von imperialistischer und reaktionär-klerikaler Zielsetzung entwickelte sich die CDU/CSU zum Zentrum des Antikommunismus. Ihre Ideologen sind dabei, den Antikommunismus zu einer ganzen Ideologie auszubauen, wie Pater Gundlach, einer der eifrigsten Kommunistenfresser, verkündet: „Es besteht . . . heute die große Gefahr, daß immer mehr Menschen in Deutschland die antikommunistische Stellung der Bundesrepublik aus einer falsch verstandenen geistigen Weite und scheinbarer Großzügigkeit ablehnen, alle jene nämlich, die nicht die geistige Kraft aufbringen, der ständigen Einebnung und Vernebelungstendenz entgegenzutreten . . . Das Festhalten an Gott, an seiner Weltordnung, am Naturrecht begründet einen Antikommunismus, der mehr ist als reine Negation, der positiv eine neue Ordnung schaffen kann."[14]

Wie sie in der Praxis aussehen wird, deuten Schröders Notstandsgesetze und Schlamms Atomkriegstheorien immerhin kompakt an.

Wir haben diesen Stimmen hier weiten Raum gegeben, um nachzuweisen, daß die Reaktion heute wie vor hundert Jahren zu Marx' Zeiten eine Einheitsfront gegen den Kommunismus zu bilden sucht und daß in dieser Einheitsfront heute alle Verteidiger des Imperialismus zu finden sind, daß selbst der Heilige Vater die abgeklärte Zurückhaltung „vergißt" und in die unmittelbare Politik eingreift. Diese imperialistische Einheitsfront ist wie vor hundert Jahren zu allem entschlossen. Sie ist aber heute zu weniger fähig als vor hundert Jahren. Das bekommt auch die CDU/CSU auf Schritt und Tritt zu spüren.

Ihr 6. Parteitag 1956 stand vornehmlich im Zeichen der antikommunistischen Kampagne.

Man verschrieb sich Spezialisten als Referenten. Und Herr Kiesinger – der als Europaprophet Karriere zu machen suchte, bevor er den Sessel eines Ministerpräsidenten dem unbefriedigenden Warten auf einen spektakuläreren Bundesministerstuhl vorzog – versprach, die Gründe zu untersuchen „für jene faszinierende Anziehungskraft, die der Kommunismus nicht nur auf urteilsunfähige

[14] Stimmen der Zeit, München/Freiburg i. Br., 8/1957.

Massen, sondern auch auf eine gewisse Schicht moderner Intellektueller ausübt“[15].

Das Bemühen war allseits groß. Aber am Ende des ganzen Unternehmens erhob sich dennoch mutlos einer aus dem Fußvolk der Parteitagsdelegierten, der Bürgermeister von Peine, Herr Keun, um das zu fragen, was viele bewegte: „Wir haben hier die Gefahren vom Osten her geschildert bekommen; aber eins habe ich doch vermißt, nämlich die Frage: was können wir von uns aus dem entgegensetzen?“[16]

Darauf wußten die Ideologen nichts zu erwidern. In der Praxis antwortet die Exekutive der deutschen Imperialisten, der Innenminister Dr. Schröder. Und sein aussichtsreicherer Konkurrent als Kanzleraspirant, Strauß, hat seine Antwort parat.

Der Antikommunismus nach Bonner Lesart zeigt besonders aggressive provokatorische Züge, weil er mit dem Revanchismus – der gegenwärtig hervorstechendsten Seite des westdeutschen Faschismus – aufs engste verknüpft ist. Gerade jene Partner des Adenauerstaates, die den Antikommunismus pflegen, aber den Faschismus ablehnen, sollten sich die Augen reiben und genau hinsehen, was sich in Westdeutschland unter der Adenauerpolitik entwickelt hat.

Zur Zeit der Niederschrift dieser Arbeit ist die demokratische Öffentlichkeit, aber auch die britische Massenpresse zum Beispiel erfüllt von Enthüllungen über die Refaschisierung Westdeutschlands, über den Antisemitismus. Aber diese Exzesse reihen sich doch nur an das Verbot der KPD und anderer fortschrittlicher Organisationen, das im Namen des Antikommunismus erfolgte. Der von den imperialistischen Partnern Westdeutschlands sanktionierte Antikommunismus diente und dient der „Kriegspartei“ der westdeutschen Imperialisten zur Tarnung ihrer eigenständigen, revanchistischen Forderungen, ihrer Politik zur Rückgewinnung jener in Europa beherrschenden Stellung, die ihnen Hitler für kurze Zeit erräuberte. Daß diese raffiniert getarnten Absichten die Partner der westdeutschen Imperialisten in große und gefährliche Abenteuer stürzen können und sie auch direkt bedrohen, läßt sich bei nüchterner Überlegung unschwer folgern. Noch drängender ist die Erkenntnis von dem Zusammenhang Antikommunismus–Revanchismus für die westdeutsche Bevölkerung, nicht zuletzt auch für die CDU-Mitglieder, denen der Antikommunismus die Augen vor den wirklichen Gefahren verklebt – wenngleich die faschistischen Zeichen an den Hauswänden, die faschistischen Minister mit Sitz im Parteivorstand, der politische Rufmord und der physische Mord aus politischen Gründen zum Himmel schreien. Am Bonner Regime wird klar: der Antikommunismus ist keine Grundtorheit Unwissender, sondern ein Verbrechen, das den Keim eines neuen Weltbrandes in sich birgt.

[15] Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, 6. Bundesparteitag, Hamburg 1957, S. 63.
[16] Ebenda, S. 79.

Unzweifelhaft gewinnt der Revanchismus in Westdeutschland an Boden. Das hängt wesentlich damit zusammen, daß die Adenauerpolitik im Bonner Staat und auch in der CDU/CSU den Revanchismus zum Bestandteil hat. (Das Verbrechen wird um nichts geringer, wenn auch Agenten des aggressiven westdeutschen Monopolkapitals und der Militaristen in der SPD- und DGB-Führung diese Politik vertreten.)

Der westdeutsche Revanchismus, vornehmlich, wenn auch nicht ausschließlich, antikommunistisch, erschöpft sich keineswegs in territorialen Forderungen zur Herstellung irgendwelcher früheren Grenzen. Der Revanchismus ist auch keineswegs als „Wahlspeck“ der entscheidenden Bonner Parteien für ruhelose – weil unruhig gehaltene – Bewohner ehemaliger Ostgebiete charakterisiert, wie das raffinierte Skribenten des Bonner Hofes abschirmend darzulegen suchen. Verknüpft mit dem „Sendungsbewußtsein“ der klerikalen Ideologie und gespeist aus den unseligen Traditionen des deutschen Militarismus mit seinen Niederlagen in zwei Weltkriegen wucherte der westdeutsche Revanchismus mit besonderen, allgemeingefährlichen Zügen zu einem politischen Programm der Sammlung aller reaktionären Kräfte in Westdeutschland heran. Tragende Bestandteile der CDU/CSU-Ideologie wie etwa die christliche Soziallehre werden den Erfordernissen des Revanchismus angepaßt.

Die Forcierung des Revanchismus bleibt nicht ohne Folgen in der CDU/CSU. Ausgesprochene Faschisten, die sich nie – auch nur

aus Tarnungsgründen – von den Nazis distanziert hatten, nähern sich der CDU/CSU, und solche Faschisten, die bereits Mitglied der CDU/CSU sind, gewinnen zusehends immer stärker wichtige Positionen. Dadurch aber verschärfen sich bereits vorhandene Widersprüche bzw. neue tauchen auf.

Wir denken hier zum Beispiel an die bereits seit langem wirksamen Widersprüche zwischen eindeutig faschistischen Elementen und bestimmten überzeugt christlichen Politikern, auch solchen, die den Vorgängen des 20. Juli 1944 nahestanden. Gerade bei antihitlerisch gestimmten CDU-Parteigängern wird das Verderbliche des Antikommunismus deutlich, der sie an ihre wirklichen Feinde kettet – die erwiesenen Feinde wohlgemerkt. Sicher ist es ein Zeichen von Charakter, wenn man aus Protest gegen die mehr und mehr um sich greifende Faschisierung demonstrativ aus Führungsämtern der CDU ausscheidet.[17] Aber lehrt nicht gerade der Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus, daß der private Protest, das individuelle Opfer politisch wenig wirksam ist und allein die Konzentration aller antifaschistischen Kräfte den Faschismus zu überwinden vermag? Dies anerkennen bedeutet jedoch, sich rechtzeitig nach solchen Verbündeten umzusehen, deren antifaschistische Haltung und deren Kampf gegen den Faschismus und den imperialistischen Krieg bewiesen und mit Blut besiegelt wurde. Nur an der Seite der Arbeiterklasse mit ihren führenden marxistisch-leninistischen Parteien in Deutschland, der SED und KPD, an der Spitze kann der Gefahr des Neofaschismus begegnet werden.

Muß es nicht – trotz möglicher Vorbehalte sachlicher oder persönlicher Natur – bürgerliche Hitlergegner selbst in der West-CDU zu einer Revision mancher Urteile veranlassen, daß die neofaschistischen Wellen vor den Grenzen der DDR haltmachen? Müssen sie daraus nicht erkennen, daß der konsequente Antifaschismus in der DDR den Boden so umgepflügt hat, daß niemals mehr Faschismus und Militarismus darauf gedeihen können?

Neben dem seit langem schwelenden Gegensatz zwischen faschistischen Elementen und früheren Hitlergegnern, der mit dem immer weniger verhüllten Revanchismus zunimmt und auch an die Oberfläche drängt, ist ein neuer Gegensatz aufgetaucht: der zwischen offenen Revanchisten und den – von den Revanchisten so verschrienen – „Verzichtpolitikern". Bei den sogenannten Verzichtpolitikern handelt es sich um Leute, die die Gefährlichkeit des Adenauerkurses in der Außenpolitik gerade für den Bestand der Bundesrepublik erkennen und dafür eintreten, den Revanchismus wieder zurückzudämmen, da er insbesondere Bündnispartner Westdeutschlands zur Überprüfung ihrer Politik zwingen könnte. Ob es sich im Einzelfall um taktische Züge von Partei- und Staatsmännern oder um grundsätzlich andere Vorstellungen als die des Adenauerkurses handelt, bleibt in diesem Zusammenhang uninteressant. Hier mag der Hinweis genügen, daß beide Motive wirksam sind.

Wichtig bleibt jedoch die Erkenntnis aus allen angedeuteten Differenzen, daß mit jedem weiteren Schritt zur unverhüllten Diktatur nach innen und zur Aggression nach außen das Verhältnis zwischen der Bevölkerung Westdeutschlands und der CDU/CSU, zwischen Parteimitgliedern und der Parteiführung sowie innerhalb der Parteiführung ständigen Veränderungen unterworfen ist, die zu einer grundsätzlichen Polarisierung der Kräfte drängen. Der Kurs des verstärkten Antikommunismus, des verstärkten Revanchismus, den die Adenauerleute in der Partei und in der Öffentlichkeit verfolgen, bringt mit sich, daß nicht etwa nur kleine Gruppen, sondern die ganze Partei, die Volksmassen vor die wirkliche Entscheidung gestellt werden, der sie nicht ausweichen können: Mit der durch Adenauer symbolisierten Politik der aggressiven Imperialisten und Militaristen den Weg des Krieges unter dem Risiko der eigenen Vernichtung oder an der Seite der DDR und nach den Vorschlägen der durch sie vertretenen Friedenskräfte den Weg des Friedens zu gehen.

[17] Wir haben hier Dr. Paul Leverkuehn im Auge, der aus Protest gegen die Stützung des überführten Kriegsverbrechers Oberländer durch die CDU sein CDU-Bundestagsmandat niederlegte.

Die Europaidee

Die Europaidee ist keine neue Erfindung der westdeutschen Imperialisten nach dem zweiten Weltkrieg. Bereits in der Weimarer Republik wurden von einflußreichen Politikern und Propagandisten eifrig Konzeptionen zur Einigung Europas entworfen. Im Verlauf der Entwicklung während der Weimarer Republik legten sich die herrschenden imperialistischen Kreise dann mehr und mehr auf den offenen Nationalismus und Chauvinismus fest, um die ökonomischen und politischen Ziele des deutschen Imperialismus zu erreichen. Der „Antikommunismus“ hatte damals bereits eine bedeutende Funktion und diente schon wesentlich der ideologischen Begründung für jene Pakte, durch die die Eingliederung des deutschen Imperialismus in die von den imperialistischen Westmächten geführte Antisowjetfront vollzogen wurde (Dawes-, Youngplan, Locarnovertrag).

Der Ausgang des zweiten Weltkrieges hatte auf erhöhter Stufenleiter der Entwicklung eine ähnliche Situation geschaffen. Der deutsche Imperialismus war geschlagen. Nur die Eingliederung in die von den führenden amerikanischen Imperialisten erstrebte imperialistische Einheitsfront gegen das sozialistische Lager bot Hoffnung auf ein Wiedererstehen. Das sogenannte europäische Programm des deutschen Imperialismus gewann unter diesen Umständen erhöhte Bedeutung und wurde nunmehr zum Hauptmittel seiner Politik.

Die Betonung der Europaidee und die sich europäisch gebärdende Politik kann jedoch nicht allein aus der besonderen Situation des deutschen Imperialismus nach 1945 erklärt werden. Auch die entscheidenden Imperialisten der Vereinigten Staaten zeigten sich an einer Art Vereinigter Staaten von Europa interessiert, da nationalstaatliches Leben und Denken ihnen bei der Errichtung ihrer Vorherrschaft in Westeuropa erheblichen Widerstand bot. So trafen sich die Interessen der geschlagenen deutschen und der siegreichen amerikanischen Imperialisten, wozu die alten und neuen Kapitalverflechtungen beitrugen.

Mit den imperialistischen Interessen, die zur Europaideologie führten, verquicken sich katholische Interessen. Am 28. September 1952 versicherte Kardinal Frings vor 15 000 katholischen Jugendlichen in Anwesenheit von Adenauer: „Die Wiedererrichtung des karolingischen Reiches steht nahe bevor.“[18]

Wenige Tage davor hatten Besprechungen zwischen Adenauer und de Gasperi, dem damaligen italienischen Regierungschef, stattgefunden, die die Herstellung der Einheit des kapitalistischen Europas und die Bekämpfung des Kommunismus zum Gegenstand hatten. Dazu bemerkte der „Rheinische Merkur“: „Bis jetzt ist diese Einheit nur eine der Kohle und des Stahls . . . Aber es fehlt das geistige Band . . . Es ist sicher, daß noch tragfähige Fundamente des christlichen Erbes vorhanden sind, auf denen weitergebaut werden kann.“[19]

Zu den katholisch-klerikalen Vorstellungen über die „Einigung Europas“ kommen Theorien vom Liberalismus her, wobei Professor Röpke, nach dessen Ideen im wesentlichen die Erhardsche „Soziale Marktwirtschaft“ konzipiert wurde, und der ehemalige spanische Botschafter in den USA, Salvador y Madariaga, die Hauptrolle spielen.

Ein immer größerer Markt soll nach Röpke hergestellt werden. Als erster Schritt dazu müßten die nationalstaatlichen Zollgrenzen fallen, und schließlich solle dieser so geschaffene europäische Markt in den amerikanischen Markt aufgehen. In einer Periode, wo der deutsche Imperialismus vor den Trümmern seines Staates stand, entsprach dies durchaus den Interessen des deutschen Monopolkapitals.

Im Denkmodell der imperialistischen Ideologen erscheint das „geeinte Europa“ durchaus möglich. Der Tatsache, daß ein Teil Europas dem Zugriff des Imperialismus bereits völlig entzogen und eine Verwirklichung der Ideen allein schon aus diesem Grunde nicht möglich ist, begegnen sie mit der für Realpolitiker und Wissenschaftler wenig statthaften Methode, indem sie diese Staaten zunächst einfach aus Europa ausschließen. So wurde der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn von ihnen folgerichtig als „Heimkehr nach Europa“ gefeiert.

[18] Zitiert nach Günther Wirth, Europäische Einigung oder Europa des Friedens?, Heft 8 der Hefte aus Burgscheidungen, Berlin o. J., S. 10.
[19] Rheinischer Merkur, Köln, 39/1952.

Für das verbleibende kapitalistische Schrumpfeuropa beruht die teilweise Zusammenfassung zum Gemeinsamen Markt bzw. zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht etwa auf dem freiwilligen Zusammenschluß. Die Grundlage der zeitweiligen Übereinkommen muß darin gesehen werden, daß die ökonomische Situation im westlichen Europa am Ende des zweiten Weltkrieges von den USA zur Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne rücksichtslos ausgenutzt wurde.

Tatsächlich befanden sich in fast allen westeuropäischen kapitalistischen Staaten amerikanische Truppen, zunächst noch als Folge des Krieges. Diese Truppen blieben jedoch, auch als es keinen daraus ableitbaren Grund mehr gab. Die aggressiven Kreise des USA-Imperialismus begannen den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager und errichteten militärische Stützpunkte um das sozialistische Lager als Ausgangsbasen für einen Überfall. So blieben die amerikanischen Truppen, nunmehr als Verbündete der imperialistischen Regierungen in den westeuropäischen Staaten.

Die militärische Unterordnung der westeuropäischen Staaten unter die USA-Militärmaschine findet ihre wirtschaftliche Grundlage. Die USA-Regierung als Exponent der in den Vereinigten Staaten herrschenden Monopolgruppen gewährte fast allen diesen Staaten Anleihen, wobei sie die Empfänger zur Annahme folgenschwerer Bedingungen zwang. Einmal dienten die Anleihen zur Realisierung der obengenannten militärischen Absichten. Zum andern ging es darum, die ökonomische US-Vorherrschaft in Westeuropa zu stabilisieren. Deshalb stellten sie die „Zusammenarbeit" aller Anleiheempfänger zur Bedingung. Dadurch potenzierten sich die Einwirkungsmöglichkeiten der USA-Monopole.

Die deutschen Imperialisten wurden zu Vorreitern dieser Pläne. Die besonders enge Anlehnung an die USA gab ihnen die Möglichkeit, ihre ökonomische und politische Macht wieder herzustellen. In solchen Institutionen wie der Montanunion, der OEEC, der Europäischen Zahlungsunion und dem Europarat fanden sie Grundlagen zu ihrem Wiederaufstieg. Dieser Prozeß vollzog sich unter Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den westeuropäischen imperialistischen Gruppen, über den von den eifrigen

Europapropagandisten der Schleier der europäischen Nächstenliebe gedeckt wurde. Aber selbst die geschickteste Reklame könnte nicht verbergen, daß es sich bei den sogenannten „europäischen Gremien" um staatsmonopolistische Institutionen handelt, die keineswegs zur Harmonisierung der Beziehungen zwischen den westeuropäischen kapitalistischen Staaten beizutragen vermögen. Tatsächlich geht es um die Realisierung imperialistischer Vorherrschaft in der günstigsten Form, nicht um eine Einigung Europas nach schwärmerischen Idealen. Ein Beispiel! So, wie sich der deutsche Imperialismus unter unmittelbarer Förderung und als Juniorpartner der USA-Imperialisten zur stärksten ökonomischen Macht in Westeuropa entwickelte, nahmen die Auseinandersetzungen mit dem britischen Imperialismus zu. Da es nicht gelang, den britischen Imperialismus in die Knie – konkret zur Öffnung des britischen Wirtschaftsgebietes für die westdeutschen Monopole – zu zwingen, sprengten die deutschen Imperialisten umfassende Vereinbarungen wie etwa die Europäische Zahlungsunion – der England angehörte –, um statt dessen die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchzusetzen. Unter Ausschluß Englands wird hier das Potential der beteiligten Staaten von Westdeutschland beherrscht, wodurch die Kräfteverhältnisse zwischen den englischen und den westdeutschen Imperialisten zugunsten der letzteren verschoben werden. Gestützt auf diese Stellung verstärken sich nun wieder Bestrebungen der westdeutschen Imperialisten, mit England „zu verhandeln", wobei es ihnen auch darum geht, zu verhindern, daß England seine Kraft durch die Bildung einer der EWG entgegengesetzten imperialistischen Gruppierung verstärkt.[20]

Im Interesse der aggressiven Pläne gegenüber dem sozialistischen Lager werden diese Gegensätze immer wieder zu kitten versucht, vor allem eben durch die demagogischen Reden von einer Vereinigung Europas.

Nach der wortreichen Agitation der CDU/CSU-Propagandisten würde das vereinigte Kleineuropa zur Keimzelle eines vereinigten Gesamteuropas werden, in das dann auch die sozialistischen europäischen Staaten „integriert" werden sollen. Entkleidet man diese

[20] Vgl. zu diesem Problem Kapitel XII, Abschnitt 2.

Vorstellung ihrer Verpackung, so steht dahinter die eindeutige Absicht, das imperialistische Potential zum Angriff auf das sozialistische Lager zu vereinigen. „Man benötigt solche ideologischen Konstruktionen, weil man mit den brutalen Losungen des Uralstürmers Hallstein und des ‚Rußland-Ausradierers' Strauß das Volk nicht für, sondern gegen den westdeutschen Militarismus aufgebracht hat."[21]

Mit der Ideologie des Kleineuropa vollzieht sich zugleich die offene Absage der aggressiven, imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie an die deutsche Nation. Wie die Geschichte bewiesen hat, ist die Bourgeoisie bereit, die Nation, das Volk und den einheitlichen Staat zu spalten, wenn die Gefahr ihrer Entmachtung droht. Der erste praktische Schritt zu Kleineuropa war die Spaltung Deutschlands. „Daß es die Bundesrepublik war, keine ganze Nation, sondern eben nur eine politisch zusammengefaßte bürgerliche Gesellschaft, dies hat die Fortschritte auf dem Wege nach Kleineuropa zuallererst möglich gemacht"[22], versichert der Schweizer Professor Mann in aller Offenheit.

Die Entscheidung Westdeutschlands für Kleineuropa wird hier also bestätigt als Entscheidung der deutschen Imperialisten gegen ein Gesamtdeutschland auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Weil die deutschen Imperialisten dieses demokratisierte Gesamtdeutschland fürchteten, deshalb haben sie Deutschland gespalten, deshalb hintertreiben sie die Wiedervereinigung, deshalb wehren sie sich gegen den Friedensvertrag mit Deutschland, der eine Klammer um die beiden bestehenden deutschen Staaten bedeuten würde.

Jetzt herrscht Hochkonjunktur für die Ideologen, die den Auftrag haben, „den ideologischen Überbau für jene Politik zu liefern, die die CDU praktisch in den letzten 8 Jahren betrieben hat"[23], wie es Anfang Mai 1958 in einem „Spiegel"-Gespräch mit Paul Wilhelm Wenger, dem erprobten Versuchsballonfahrer Adenauers, hieß.

Schon ist die Zeit herangekommen, wo man dazu übergeht, die Wiedervereinigung und friedliche Lösungen überhaupt selbst in

[21] Hermann Axen in: Neues Deutschland, Berlin, vom 9. 4. 1959.
[22] Rheinischer Merkur, Köln, vom 20. 3. 1959, zitiert nach Axen, a. a. O.
[23] Der Spiegel, Hamburg, 21/1958.

der Propaganda fallenzulassen und statt dessen unter dem Deckmantel der Europaidee zunächst die Annexion der DDR vorzubereiten. Doch das ist ein permanentes Eroberungsprogramm. So verkündete Kriegsminister Strauß auf dem CSU-Landesparteitag am 14. Juni 1959 in München: „Wir müssen einsehen, daß Europa nicht an der Elbe endet, daß zu einem Vereinigten Europa (als Eigenname gebraucht; Anm. d. Verf.) auch Polen, die ČSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien usw. gehören."[24]

An der Spitze der für diese Aufgabe ausersehenen Ideologen marschiert Wenger, der sich seiner Kongenialität mit Adenauer nicht zu Unrecht rühmt. Bevor es nach Hallstein- und Strauß-Manier geht, will er durch Gescheitheit gewinnen, was der Imperialismus ein für alle Mal verspielt hat. Aus der Not der Imperialisten, daß nationalstaatliche Formen ihrer weiteren Ausbreitung Hemmnisse in den Weg stellen, macht er eine Tugend: er fordert Aufgabe der Nation aus „europäischer Verantwortung". Aus der Tatsache, daß die Imperialisten ihre Herrschaft verstärkt durch internationale Gruppierungen ausüben, destilliert er „europäischen Geist". Ziel ist ihm dabei, das imperialistisch beherrschte Kleineuropa des Westens durch verschiedene supranationale Konföderationen nach Osteuropa hin zu erweitern, um so das Lager des Sozialismus zu zerstören und die verlorengegangene Herrschaft des Imperialismus hier wieder zu errichten.

Diesen Europaideen, die als Zeichen zukünftiger Pläne und als Begründung für bereits praktizierte Maßnahmen gelten müssen, versucht er, in der Religion, im politischen Klerikalismus eine Grundlage zu geben. „Alles ist verloren, wenn nicht Religion ... wiederhergestellt wird"[25], läßt er Friedrich von Gentz sagen und ernennt ihn so nachträglich zum Propagandisten des klerikal-militaristischen Bonner Staates. Damit greift er eine Idee auf, die der Adenauerbiograph Alexander bereits praktizierte. Alexander reklamierte Friedrich von Gentz mit dem Wort: „Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muß es wieder emporsteigen", als Motto für seine Arbeit.[26] Alexander läßt in der

[24] Ausschuß für Deutsche Einheit, Information, Bonner Störaktion während der Genfer Konferenzpause, Berlin, vom 17. 7. 1959.
[25] Paul Wilhelm Wenger, Wer gewinnt Deutschland?, Stuttgart 1959, S. 47.
[26] Alexander, a. a. O., Titelblatt.

Ausführung keinen Zweifel, daß er Westdeutschland damit als Bollwerk des Antikommunismus kennzeichnen will.

Wenger philosophiert ähnlich: „Da die tragische deutsche Hypothek der Glaubensspaltung heute durch die politische Union der Christen gelöscht ist, muß diese Union, die innenpolitisch selbst ein Bündnis aller Volksschichten darstellt, ihre große historische Rechtfertigung in der Aufgabe sehen, die Hauptfolgen der Glaubensspaltung – den nationalen Separatismus und den atheistischen Materialismus – im Herzen Europas exemplarisch zu überwinden, damit das Abendland als freie, christliche und föderalistische Völkergemeinschaft, das Gelenk des Weltfriedens zwischen der amerikanischen und der asiatischen Staatenwelt, wieder zu sich selber kommt und das entscheidende Beispiel für die Lösung der aus Europa entlassenen Weltprobleme setzen kann."[27]

Womit nichts weniger gesagt wird, als daß die deutschen Imperialisten wieder zu einer entscheidenden Macht in der Welt werden müssen, diesmal in Absage an die Nation und unter dem Kreuz des politischen Katholizismus. Diesmal soll die Welt am europäisch gekleideten deutschen Imperialismus genesen. Dies wird zur Hauptaufgabe der CDU/CSU erklärt.

Politischer Katholizismus, Europaidee und Antikommunismus finden sich bei dieser Vorstellung in trautem Verein als Grundlage der Konzeption des aggressiven deutschen Imperialismus für die Politik der Gegenwart und Zukunft.

Die katholische Soziallehre

Die Funktion als theoretisches Fundament nimmt in der Ideologie der CDU/CSU noch die christliche Soziallehre, d. h. die katholische Soziallehre ein. Allerdings wollen jene Mitglieder der CDU, die im wesentlichen den Bestand der Partei stellen, also die Unternehmer, die Selbständigen und Beamten, relativ wenig von Schulung und Ideologie wissen. Sie sind aus recht handfesten ökonomischen Gründen in der Partei, und für ihre geistige Auseinandersetzung

[27] Wenger, a. a. O., S. 46.

mit dem Gegner genügen die hölzernen Exkurse à la Adenauer. Anders hingegen verhält es sich mit den Arbeitern in der CDU/CSU. Die Sozialausschüsse der Partei achten sehr darauf, daß ihnen reguläre Schulung zuteil wird, um sie gegen die Ideen des Sozialismus, die ihnen in Betrieb und Gewerkschaft begegnen, möglichst immun zu machen. Als Grundlage dieser Schulung dient die katholische Soziallehre, die hauptsächlich von Jesuiten und Dominikanern ausgearbeitet und vermittelt wird.

Die katholische Soziallehre ist aktiver Bestandteil des politischen Katholizismus und dient der Durchsetzung eigenständiger katholischer Ziele, die weitgehend mit den Interessen des Monopolkapitals zusammenfallen. Der politische Katholizismus ist für die CDU/CSU akzeptabel, da er das einzige geschlossene ideologische System darstellt, das die Imperialisten heutzutage gegen den wissenschaftlichen Sozialismus ins Feld zu führen vermögen.[28]

An die Stelle der Kenntnis von Entwicklungsgesetzen tritt die Verordnung von Postulaten durch den Papst. Mit Bezug auf die Ansprache von Papst Pius XII. zum Allerseelentag 1948 schrieb eine westdeutsche christliche Zeitschrift: „Der entscheidende Satz dieser Ansprache war ... wohl der, daß für den Katholiken die Gehorsamspflicht auch dann bestehe, wenn eine kirchliche Vorschrift für irgend jemand nicht durch die beigebrachten Argumente erprobt zu sein scheine."[29]

Das christliche Lehrgut setzt sich – nach kirchenamtlicher Lesart – gleicherweise aus „Vernunftwahrheiten", d. h. Erkenntnis, als auch aus „Offenbarungswahrheiten", d. h. Verkündungen, zusammen, die beide vom vorherbestimmten Glauben geprägt sind, wonach das Gesellschaftsleben als „Veranstaltung zum Vollzuge der Schöpfungsordnung" aufzufassen wäre.

Die christliche Soziallehre basiert also nicht auf Erkenntnis, sondern auf Interpretation durch Autoritäten. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt naturgemäß dem Marxismus und den von ihm

[28] Vgl. dazu Marlies Oehme, Die Theorie der katholischen Soziallehre vom „Klassenfrieden" – ein demagogisches Verwirrungsmanöver des politischen Katholizismus, in: Einheit, Berlin, 13. Jg. (1958), S. 199: „Der politische Katholizismus bietet dem Imperialismus das einzige geschlossene philosophische System, das er gegen den wissenschaftlichen Sozialismus ins Feld führen kann."

[29] Die Gegenwart, Frankfurt/M., 13/1949.

ausgesprochenen Erkenntnissen. Kernpunkt des Angriffs ist die Lehre vom Klassenkampf, der nach altgeübtem Muster durch begriffliche Raffinesse aus der Welt geschafft werden soll.

Die katholische Soziallehre gibt vor, eine Lösung der Klassengegensätze ohne Klassenkampf zu kennen. Diese Lösung sei die Gesellschaftsordnung nach Berufsständen. Diese Lösung wurde insbesondere zu der Zeit verkündet, als in Italien der Faschismus diesen Versuch der Verschleierung der Klassengegensätze bereits praktizierte und der Faschismus in Deutschland sich zu ähnlichen Unternehmen formierte.

Die Übereinstimmung zwischen katholischem und faschistischem Gesellschaftsbild erklärt sich aus den gemeinsamen Interessen der Erhaltung und gleichzeitigen Verschleierung der Ausbeuterordnung.

Nach Auffassung der katholischen Soziallehre solle die Gesellschaft in „Leistungsgemeinschaften" organisiert werden: „Eine rechte gesellschaftliche Ordnung verlangt eine Vielheit von Gliedern des Gesellschaftskörpers, die ein starkes Band der Einheit verbindet. Die Kraft eines solchen Einheitsbandes besitzen einmal die Güter und Dienstleistungen, deren Erzeugung bzw. Darbietung den Angehörigen des gleichen Berufsstandes, gleichviel ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, obliegen, zum anderen das Gemeinwohl, zu dem sämtliche Berufsstände, jeder zu seinem Teil, mitzuwirken und beizutragen haben", lehrt „Quadragesimo anno".[30]

Nachdem so vom Heiligen Vater die unreale Gemeinschaft von Pferdmenges und seinem jüngsten Schalterbeamten statt der realen Gemeinschaft von Pferdmenges und Adenauer verordnet ist, interpretiert der Jesuitenprofessor Oswald von Nell-Breuning: „Die aus Klassen zusammengesetzte, richtiger noch in Klassen zerfallene oder zerspaltene Gesellschaft . . . hat ihre Einheit, wenn man von einer solchen sprechen darf, nur in dem gemeinsamen Kampffeld, auf dem die Klassenfronten einander gegenüberstehen und aufeinander prallen. Bei der kapitalistischen Klassengesellschaft ist dies Kampffeld der Arbeitsmarkt. Würde nicht trotz

[30] Papst Pius XI., Quadragesimo anno, vom 15. 5. 1931, Satz 84. Zitiert nach Oswald v. Nell-Breuning, Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik, Heft 1, Zur christlichen Gesellschaftslehre, Freiburg i. Br. 1947, Spalte 65.

dieser fehlerhaften gesellschaftlichen Struktur die naturgegebene Leistungsverbundenheit allenthalben sich durchsetzen und dadurch die Gesellschaft zusammenhalten, so wäre ihr Untergang unabwendbar."[31]

Solch eine Soziallehre kommt den deutschen Imperialisten mit und ohne Taufschein der alleinseligmachenden Kirche recht. Wird hier doch der Nachweis vorgegeben, als sei die kapitalistische Gesellschaftsordnung von ewigem Bestand und das Rühren daran widernatürlich und gotteslästerlich.

Dabei wird seit mehr als 40 Jahren in der Sowjetunion der Beweis erbracht, daß die Gesellschaft keineswegs zugrunde geht, wenn die Ausbeuterklassen beseitigt werden, sondern daß sie damit erst den Durchbruch zu ihrer Blüte erlangt. Um das lebendige Zeugnis dafür aus der Welt zu schaffen, verbindet sich der Katholizismus mit den Imperialisten aller Schattierungen im gemeinsamen Antikommunismus. Aus diesem Grunde liefert der Katholizismus seine Ideologie als moralischen Kitt für die NATO, aus diesem Grund fährt Kardinal Wendel zu den Raketenstützpunkten in Westdeutschland und segnet die Raketen und die Menschen, die diese Waffen einmal gegen die Kommunisten gebrauchen sollen.

Die christliche Soziallehre leistet sich in ihrem Bestreben, die bestehenden imperialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu rechtfertigen und zu erhalten, allerhand Kniffe. Das führt dazu, daß die Jesuiten sogar Marx für sich zu reklamieren suchen mit dem Bemerken, er habe unbewußt christlich gehandelt.

So schreibt der bereits zitierte Jesuitenprofessor von Nell-Breuning:

„Die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaftsweise . . . hat Marx in aller Schärfe erfaßt. Insbesondere hat er gezeigt, wie diese . . . zu dem geführt hat, was wir seither mit dem von ihm geprägten Ausdruck als die ‚kapitalistische Klassengesellschaft' bezeichnen . . . Auch die christliche und selbst kirchenamtliche Soziallehre hat schließlich die Marxsche Analyse im wesentlichen übernommen. Nur mit Schmerz und Beschämung kann der Christ sich damit abfinden, daß diese . . . Entlarvung der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht von einem christlichen Sozialwissenschaftler

[31] v. Nell-Breuning, ebenda, Sp. 67.

unter dem Antrieb christlicher Liebe, christlichen Gerechtigkeits- und Wahrheitssinns geleistet worden ist . . .

Statt dessen war dies einem Atheisten und Materialisten vorbehalten, der seinen atheistischen Materialismus in seine ganze Gedankenwelt hineinwob mit der Folge, daß das ihn im Innersten beseelende und in seiner ungeheuren Arbeit anspornende humanitäre (ihm selbst unbewußt von Restbeständen einer noch mehr oder weniger christlichen Umwelt sich nährende) Ethos bis zur Unkenntlichkeit entstellt wird."[32]

Wir haben v. Nell-Breuning so ausgiebig das Wort gegeben, weil sich an diesem bedeutenden Interpreten der katholischen Soziallehre ausgezeichnet die Methoden dieser Ideologen demonstrieren lassen.

v. Nell-Breuning lobt Marx und stimmt ihm in einzelnen Feststellungen zu, um das wissenschaftliche System der marxistischen Lehre zu verdammen. Mit der Verbeugung vor Marx soll Objektivität vorgetäuscht und Vertrauen der Arbeiter gewonnen werden. v. Nell-Breuning braucht sehr viel Kredit bei den Arbeitern, sollen sie ihm doch glauben, daß der Papst der richtige Marxinterpret sei. Dabei ist „Quadragesimo anno", worauf der Jesuitenprofessor sich bezieht, jenes Dokument, das die Klassengesellschaft des Kapitalismus und die von Marx exakt erkannte Notwendigkeit des Klassenkampfes leugnet und statt dessen die Volksgemeinschaft empfiehlt.

Für einen Teil der westdeutschen Imperialisten und ihre Repräsentanten in der Parteiführung der CDU/CSU scheinen solche Raffinessen allerdings zu aufwendig. Auf dem 8. Bundesparteitag spielte die christliche Soziallehre als ideologische Grundlage der Partei im Referat Gerstenmaiers überhaupt keine Rolle mehr. Die Schüler von Nell-Breuning, die in der Diskussion Unmut darüber äußerten, mußten sich von Gerstenmaier den Besuch moderner Fortbildungskurse empfehlen lassen.

Keine Beschäftigung mit dem so gefahrvollen Terrain des Marxismus, wenig Beschäftigung mit der Wissenschaft überhaupt und

[32] v. Nell-Breuning, zitiert nach Willi Eichler, Gerechtigkeit und Caritas, in: die neue gesellschaft, Bielefeld, 1. Jg. (1954), S. 19. Vgl. auch v. Nell-Breuning, a. a. O., Sp. 241–242.

dafür Intensivierung des Glaubens – in dieser Richtung verdichtet sich der Beitrag aus dem christlichen Raum zur Ideologie der CDU/CSU. Der verstorbene – protestantische – Bundestagspräsident Dr. Ehlers produzierte sich auf dem 5. Parteitag der CDU/CSU als wortgewaltiger Redner und forderte, daß der Glaube nun auch bald zum Motor des politischen Handelns werden müsse, nachdem die Fortschritte in Naturwissenschaft und Theologie – aus dem Glauben erwachsen seien. Im Blick auf die schwierige politische Situation beendete er seine Rede mit einem Zitat aus „Ulrich von Hutten", den Conrad Ferdinand Meyer sagen läßt: „Er fühlt der Zeiten ungeheuren Bruch, und fest umklammert er sein Bibelbuch." Der Hinweis auf die Bibel macht sich rhetorisch reizvoll, zumal auf einem Parteitag der CDU. Inhaltlich bedeutet das den Appell, an die Stelle von Wissen und Erkennen Glauben zu setzen.

In der Verleumdungskampagne gegen Heinemann und Niemöller schrieb der verstorbene – ebenfalls protestantische – Minister Tillmanns, der sich als Ideologe der CDU einen Namen machte: „Die Erkenntnis wächst, daß der menschliche Verstand – auch im Politischen – nicht die oberste Instanz ist . . ."[33]

Der oben zitierte Dr. Ehlers ging dann noch einen Schritt weiter und verkündete, „daß wir einen kompromißlosen Kampf denen ansagen, die auch heute noch mit den Rezepten des vergangenen Jahrhunderts meinen, die Eigengesetzlichkeit des Staates und der Politik proklamieren und den Menschen zum Maß aller Dinge machen zu können"[34].

Dies ist der Rückgriff auf das Mittelalter, um unter Vorspiegelung „ewiger" religiöser Werte die Geschäfte des Imperialismus in der Gegenwart zu besorgen.

Es fehlt nicht an warnenden Stimmen aus dem christlichen Lager gegenüber der Reklamation des Christentums als Ideologie für die CDU/CSU, wie dieses Wort beweist: „Auf keinen Fall durfte das ‚Christliche', indem man es zur Klammer einer politischen Querverbindung zwischen den Konfessionen machte, zu einer eben auch politischen Ideologie erhöht (oder was man ebensogut sagen kann: erniedrigt) werden. Das ‚Christliche' mußte vor der Gefahr

[33] Evangelische Verantwortung, Bonn, 10/1953.
[34] Zeitwende, Hamburg, 12/1954.

bewahrt werden, zur Camouflage anderer, ganz und gar nicht ‚christlicher', nämlich politischer Zielsetzungen mißbraucht zu werden, zur Tarnung oder Dekorierung politischer Pläne und Bemühungen, die sich ‚christlicher' Argumentationen bedienten, wo es sich tatsächlich um Entscheidungen handelte (oder handelt), an denen das Volk in seiner Gesamtheit und als Gesamtheit und nicht nur in seinen Konfessionen beteiligt ist, seien sie nun christlich oder weltlich."[35]

An die Adresse der „christlichen" Adenauerpolitiker gerichtet verfehlen solche Appelle jedoch völlig ihren Sinn. Diesen Politikern ist es nicht um das Christentum zu tun – sondern um imperialistische Macht, zu deren Erlangung das Christentum mißbraucht wird.

Gerstenmaiers „soziales Weltbild"

Es ist still geworden um Gerstenmaiers „Soziales Weltbild", das nach dem 8. CDU-Parteitag 1958 durch die Federn aller CDU-Propagandisten verkündet wurde. Ursprünglich hieß es, und wir haben mit dieser Meinung einleitend Dr. Krone zu Wort kommen lassen, das Referat habe die Ideologie der CDU weitergebracht. Davon läßt sich zwar nichts entdecken; dafür lassen sich jedoch einige andere Tatsachen aus Gerstenmaiers Rede ableiten: Voran das Geständnis, daß die CDU im Besitz der Staatsgewalt bereit ist, sie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft nach innen und außen einzusetzen. Diesen nackten Tatbestand versuchte Gerstenmaier allerdings ideologisch zu verbrämen. Um zu begründen, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands sich nun auf die Rüstung, den damit verbundenen Abbau der von den Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse errungenen sozialen Zugeständnisse und auf die Kriegsvorbereitung orientieren, suchte er neue Ahnen der CDU. Entgegen der Berufung auf die christliche Soziallehre zitierte Gerstenmaier den Altliberalen Friedrich Naumann als Vorkämpfer der CDU. „Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?" fragte er – fast Adenauer würdig – mit jenem Mann, dessen Zitation für die CDU bisher tabu war. Der Bezug auf Liberale als Stammväter der CDU galt bislang als schweres Parteivergehen; der vorgegebene Charakter der CDU als einer „Volkspartei" wäre damit unvereinbar. Dieses Wort paßte aber ausgezeichnet zu dem, was Gerstenmaier eigentlich an den Mann bringen wollte: „Wer innere Politik treiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern; er muß für nationale Macht sorgen."[36]

Indem Gerstenmaier so die Außenpolitik, die Aufrüstungspolitik der Bundesrepublik begründete und den anschwellenden Terror im Innern billigte, sanktionierte er nachträglich die gesamte bisherige imperialistische deutsche Politik. Denn nichts anderes als „für nationale Macht sorgen", war erklärtes Ziel der deutschen Imperialisten gewesen, solange sie in ganz Deutschland herrschten. So hörte man es im Kaiserreich, so in der Weimarer Republik, so im Hitlerreich, so nun auch im Bonner Staat.

In diesem Fahrwasser weiter segelnd, versichert Gerstenmaier, daß die CDU zum Schutz der Verfassung verpflichtet sei. Er begründet das mit der Auffassung der CDU als „rechtsstaatlich gesonnener Partei" und eben mit der Ideologie. „Aber darüber hinaus sind wir dazu auch von unserem Gesellschaftsbild her angehalten. Dazu muß notfalls auch von den Machtmitteln des Staates ein zwar genau verantworteter, aber energischer Gebrauch gemacht werden. Dies gilt nicht nur im Blick auf die Sicherheitsorgane des Staates, sondern auch im Blick auf die anstehende Reform des Strafrechts."

In der Tat hat es nicht lange gedauert, bis die Machtmittel des Staates nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch oppositionelle CDU-Mitglieder trafen.[37]

Für eine Partei, die Willensträger der deutschen Monopole ist und die ihre außen- und innenpolitischen Ziele bereits so eindeutig enthüllt, sind verständlicherweise die Grenzen der Sozialleistungen

[35] Die Gegenwart, Frankfurt/M., 13/1949.

[36] Dieses und alle folgenden Zitate aus Gerstenmaiers Rede nach dpa (Deutsche Presse-Agentur), Kieler Meldung, vom 20. 9. 1958.

[37] Ende Mai/Anfang Juni 1959 wurden über 20 CDU-Politiker verhaftet. Vgl. dazu Neues Deutschland, Berlin, vom 22. 5. 1959 und den folgenden Tagen.

ihres Staates erreicht. „Wir können nur das ausgeben, was wir uns selbst und anderen, die es auch erst verdienen mußten, abgenommen haben", doziert Gerstenmaier. Sozialleistung sei an die persönliche Eigenleistung gebunden, wolle man mehr haben, müsse man mehr arbeiten. Jeder habe ja die gleiche Chance, soweit es das persönliche Leben betreffe. Der Staat der Monopole greife nur in diese persönliche Sphäre ein, wenn es der „Sorge" um „die nationale Macht" gilt.

Selbst hier, wo es nüchtern um die Anliegen der deutschen Monopole geht, um die Abrichtung der Masse der Bevölkerung mit neuen Methoden zur Erreichung der alten Ziele, weiß Gerstenmaier, was er dem Parteitag der CDU schuldig ist. Alle jene, die unter dem nebulösen ideologischen Brimborium die realen Absichten entdecken und sich die Schrecken ihrer Verwirklichung ausmalen können, weiß er mit der überirdischen Ewigkeit zu trösten: „Auch wenn es anders aussieht, glauben wir doch mit der Christenheit der ganzen Erde, daß sich die Geschichte mit dem Menschen nicht im sinnlosen Wirbel dreht, sondern, vom Atem Gottes getragen, einem großen Ziele zustrebt."

Mit allem Nachdruck muß gesagt werden, daß das so christlich verbrämte Ziel nach dem Willen der entscheidenden Kreise in der CDU/CSU – oft genug verkündet – die Wiederherstellung der imperialistischen Gesellschaftsordnung in ganz Deutschland und darüber hinaus ist. Das aber bedeutet die Auslösung eines Weltkrieges, sowie der westdeutsche Militarismus die Grenzen des von ihm unterjochten westdeutschen Gebietes überschreitet. Zwar versuchen die Ideologen der westdeutschen Imperialisten und Militaristen den Eindruck zu erwecken, als sei dies nicht die gesetzmäßige Folge der Bonner Politik. Sie sprechen vom „Starkwerden", um „verhandeln" zu können, sie gaukeln den Menschen vor, die Ziele der Imperialisten seien durch Erpressen der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers erreichbar. Sie reden zugleich von der vorgeblichen Aggressivität des sozialistischen Lagers, um damit die forcierte Atomrüstung und die atomare Ausrüstung der Bonner Wehrmacht zu motivieren. Es ist die alte Melodie, der alte Text, es sind die gleichen Herren Verfasser wie vor 1914 und 1939: Darum geht es, den imperialistischen Raubzug, heute als „Kreuzzug"

gedacht, als Präventivkrieg zu deklarieren. Unter dem Beifall der CDU-Meute verkündete der amerikanisierte Schlamm: „Die moralische Bereitschaft zum ‚Präventivkrieg' ist im Entschluß meiner Zivilisation vorweggenommen . . ."[38]

War nicht auch Hitler, beraten vom Generalstab der Wirtschaftsführer und Militaristen, 1939 „zum Schutz der deutschen Grenzen" über Europa hergefallen?

[38] Zitiert nach: Neues Deutschland, Berlin, vom 25. 7. 1959.